

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

AKTUELL

Schweiz: Steigende Zahl von Geldwäschereifällen

Die Zahl der Geldwäschereifälle in der Schweiz weist eine steigende Tendenz auf. An der 18. Konferenz der Polizeichefs europäischer Hauptstädte machte Bundesanwältin Carla Del Ponte am Mittwoch in Bern unter anderem auf Lücken des Abwehrkonzepts im Parabankensektor aufmerksam. Nach den Worten der Bundesanwältin wurden 1994 in der Schweiz 61 Täter im Zusammenhang mit Geldwäscherei ermittelt. 1995 waren es bereits 98 Täter. 1994 handelte es sich bei 72 Prozent der Täter um Ausländer; im letzten Jahr machte der Anteil der Ausländer noch 66 Prozent aus. Der Finanzplatz Schweiz sei für schmutzige Gelder der Mafia und der Drogenkartelle, aber auch für Gelder aus Korruptionsfällen und Steuerhinterziehung attraktiv, sagte Del Ponte laut dem schriftlichen Redetext an der Konferenz, die noch bis zum Freitag dauert und hinter verschlossenen Türen stattfindet.

Grüne reichen Tandem-Initiative ein



Die Grünen haben gestern in Bern ihre Tandem-Initiative eingereicht, mit der zwei Fliegen auf einen Streich getroffen werden sollen. Mit dem ersten Volksbegehren der Partei überhaupt soll das Rentenalter flexibilisiert und gleichzeitig die Energie statt die Arbeit besteuert werden. Da es sich bereits um die dritte Initiative handelt, die das Frauen-Rentenalter im Visier hat, sollen die Kräfte in dieser Frage gebündelt werden. Parteipräsident Hanspeter Thür forderte den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) auf, seine eigene Initiative raschmöglichst zurückzuziehen, um eine klare Ausgangslage zu schaffen. So könnten sich alle gemeinsam hinter die Initiative des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes (SKV) stellen, die zuerst eingereicht und damit auch zuerst behandelt werden müsse.

Solarstrom für 800 Haushalte produziert

In der Schweiz wird derzeit etwa für 800 Haushalte Solarstrom produziert. Gemäss den neusten Ergebnissen eines Gemeinschaftsprojektes des Bundesamtes für Energiewirtschaft (BEW) und des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) speisten Anfang dieses Jahres rund 740 Photovoltaikanlagen Strom in das öffentliche Versorgungsnetz. Die Anlagen produzierten im vergangenen Jahr rund 3,8 Millionen Kilowatt Strom, wie der VSE am Mittwoch mitteilte.

Botschaft zur Expo 2001 verabschiedet

Der Bundesrat hat am Mittwoch die Botschaft zur Landesausstellung 2001 verabschiedet. Darin beantragt er dem Parlament einen Verpflichtungskredit von 130 Millionen Franken, wovon 20 Millionen Franken als Defizitgarantie gedacht sind. Die Expo 2001 präsentiere sich als neuer und gewichtiger Beitrag zum nationalen Zusammengehörigkeitsgefühl.

Für unsere Verfassung und für unseren Staatsaufbau

FBPL-Fraktion drang mit ihrem Vorschlag für Stellungnahme des Landtags zur Verfassungsinterpretation nicht durch

(G.M.) - Die Verfassungsdiskussion, die in den letzten Wochen zum Teil eigenartige Formen angenommen hat, dürfte noch für einige Zeit andauern. Schuld daran trägt nicht zuletzt der Landtag, der sich gestern mehrheitlich um eine klare Stellungnahme herumdrückte, als der Staatsgerichtshof eine Begründung für ein im letzten Jahr schon in Auftrag gegebenes Gutachten forderte.

Gegen die FBPL-Stimmen erhält der Staatsgerichtshof nicht die geforderte eingehende Begründung, sondern lediglich ein Schreiben des Landtags in relativ unverbindlicher Form, das aus formalen Gründen verschiedene Möglichkeiten für das Verfassungsgericht offenlässt. Zu den im vergangenen Herbst vom Landtag beim Staatsgerichtshof in Auftrag gegebenen Gutachten über die Auslegung der Verfassung - darunter die Interpretation des Begriffs «Regierung» - heisst es in dem mehrheitlich beschlossenen, von VU-Fraktionssprecher Dr. Peter Wolff ausgearbeiteten Schreiben, dass der Landtag «in keiner Weise» davon ausgehe, dass «das angeforderte Gutachten eine abschliessende und rechtsverbind-



Die Mehrheit des Landtags konnte sich gestern nicht zu einer klaren Stellungnahme gegenüber dem Staatsgerichtshof durchringen. Der FBPL-Abgeordnete Dr. Guido Meier erteilte der gegenwärtigen Diskussion um Monarchie und Steuerbefreiung eine klare Absage. (Bild: Beat Schurte)

liche Meinungsäusserung des Staatsgerichtshofes darstellen» solle. Das durch den Staatsgerichtshof zu erstellende Gutachten werde «keineswegs als authentische Interpretation» angesehen.

Demgegenüber hatte der FBPL-Abgeordnete Dr. Guido Meier gefordert, der Landtag habe Stellung zu beziehen, weil er sich nicht aus dieser Diskussion heraushalten und ohne Meinung dastehen könne. Nach seiner Auffassung besteht die Gefahr, dass die Entscheidung des Staatsgerichtshofes mangels Begründung des Antragsstellers nicht erfolgt.

Zur Verfassungsdiskussion hielt Dr. Guido Meier fest, dass er den von der Freien Liste vorgelegten Verfassungsentwurf, der den Fürsten auf reine Repräsentationsaufgaben beschränke, als für unser Land nicht dienlich erachte. Ferner gab er deutlich zu verstehen: «Ich erachte die gegenwärtige Diskussion um Einkommen des Fürsten, Steuerbefreiung, Steuerersparnisse, Verdienstaufälle und gegenseitige Kosten von Monarchie und Demokratie, gegenseitiges Aufrechnen und Bilanzziehen für vollkommen verfehlt.»

Geschäftspartner müssen identifiziert werden

Landtag verabschiedete gestern Sorgfaltpflichtgesetz bei der Entgegennahme von Geldern

(G.M.) - Schwarzen Schafen, die den Finanzplatz Liechtenstein mit kriminellen Handlungen schädigen wollen, kann künftig auf breiter gesetzlicher Ebene das Handwerk gelegt werden. Nach der bereits vorgenommenen Änderung des Strafgesetzbuches, um gegen Geldwäscherei und Insidervergehen vorgehen zu können, ist gestern auch das Gesetz über die beruflichen Sorgfaltpflichten bei der Entgegennahme von Geldern vom Landtag verabschiedet worden.

Der Finanzplatz Liechtenstein, der in der Vergangenheit immer wieder wegen zweifelhaften Geschäften über das Gesellschaftswesen international in die Schlagzeilen geriet, wird mit einer strengeren Gesetzgebung geschützt. «Eine zu large Gesetzgebung im Bereich der Finanzdienstleistungen führt zu Qualitätsverlusten» hatte die Regierung bei der

Schaffung einer Strafnorm gegen Insidergeschäfte und Geldwäscherei argumentiert, «welche zu Ansehensverlusten des Finanzdienstleistungsplatzes und des Landes überhaupt führen.»

Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Geldwäscherei wurde auch eine Verschärfung der Bestimmungen über die Sorgfaltpflicht bei der Entgegennahme von Geldern vorgesehen. Die 1977 erstmals mit den Banken abgeschlossene Sorgfaltpflichtvereinbarung, die der Abklärung der Identität der Bankkunden diente, ist auf Gesetzesebene angehoben worden.

Die 1989 revidierte und erweiterte Vereinbarung, die den Bankplatz Vaduz «von Skandalen verschonte», wie die Regierung mit Genugtuung in ihrem Bericht an den Landtag festhielt, wurde abgelöst durch das Gesetz über die Sorgfaltpflicht.

Der Landtag konnte sich im März bei der Detailberatung wegen einigen unklaren Gesetzesbestimmungen noch nicht zur Verabschiedung durchringen. Doch nach der Überarbeitung der Vorlage durch die Regierung stimmte der Landtag gestern abend dem Gesetzesvorschlag zu. Nach dem neuen Gesetz, das am 1. Januar 1997 in Kraft treten soll, fallen nicht nur die Banken unter die Verpflichtung zur Identifizierung von Geldkunden, sondern auch Rechtsanwälte, Treuhänder, Kapitalanlagegesellschaften, Investment-Trusts und Versicherungsunternehmen. Wenn bei der Entgegennahme von Geld der Verdacht besteht, dass Geldwäscherei im Spiel sein könnte, genügt die Identifizierung nicht. In diesem Fall müssen die wirtschaftlichen Hintergründe und der Zweck der Transaktion sowie die Herkunft der Vermögenswerte abgeklärt werden.

Landtagssitzung oder Kabarett?

(G.M.) - Einen absonderlichen Vorschlag unterbreitete Landtagspräsident Paul Kindle den Abgeordneten zu Beginn der gestrigen Landtagssitzung. Die Parlamentarier seien für den Abend zur Aufführung des Kabarets «Ivan goes Landtag» eingeladen worden. Die Veranstaltung beginne jedoch um 19.30 Uhr, zu einer Zeit also, wo sich der Landtag noch in den Beratungen befinde. Er, der Landtagspräsident, stelle es den Abgeordneten frei, das Kabarett zu besuchen, doch müsse bedacht werden, dass die Beschlussfähigkeit des Parlaments erhalten bliebe. Mehr als acht Abgeordnete, rechnete der Landtagspräsident flugs aus, dürften nicht am Kabarett teilnehmen - die anderen müssten der Landtagssitzung beiwohnen. Kabarett oder Landtagssitzung - das war die Frage.

Juventus Turin Champions-League-Sieger

Die Italiener bezwangen gestern abend in Rom im Finale Titelverteidiger Ajax Amsterdam



Der Champions-League-Sieger 1996 heisst Juventus Turin. Die Italiener besiegten gestern abend im Final in Rom Titelverteidiger Ajax Amsterdam im Penaltyschiessen. Nach 90 Minuten lautete der Spielstand nach Toren von Ravanelli (13.) und Litmanen (41.) 1:1. Da in der Verlängerung kein Treffer mehr fiel, musste das Elfmeterschiessen entscheiden. Das Bild zeigt die jubelnden Juve-Spieler Del Piero und Ravanelli nach dem Führungstor.

Gegen Medikamentenversand per Post

Bern (AP) Die Apotheker kämpfen gegen den von der Krankenkasse Helvetia geplanten Medikamentenversand per Post. Der Schweizerische Apothekerverein (SAV) bezeichnete entsprechende Pläne am Mittwoch als fachlich unvertretbar, gesetzwidrig und unwirtschaftlich. Die Helvetia will ihr Pilotprojekt weiter vorantreiben.

Das geplante Pilotprojekt der Helvetia Managed Care sei ein Verstoß gegen Treu und Glauben, sagte SAV-Präsident Max Brentano-Motta am Mittwoch vor den Medien in Bern. Die Apotheker führten zurzeit nämlich intensive Gespräche mit den Krankenkassen über die Optimierung der pharmazeutischen Betreuung; von den Versandhandelsplänen hätten sie erst aus den Medien erfahren. Den Apothekern sei durchaus bewusst, dass Einsparungen im Gesundheitswesen notwendig seien. So werde das neue Preisvergleichsmodell des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) in den nächsten drei Jahren Einsparungen von 500 Millionen Franken bringen, 180 Millionen Franken davon würden die Apotheker tragen.